

Schule am Schlossplatz Limbach: Neubau soll 2019 beginnen

Pläne für Umbau und Erweiterung im Gemeinderat vorgestellt – Sechs neue Bauplätze in Heidersbach

Limbach. Einige interessierte Zuhörerinnen und Zuhörer wohnten der Gemeinderatssitzung am Dienstag bei, die Bürgermeister Thorsten Weber eröffnete. Zügig wurde die Tagesordnung abgearbeitet, wobei zunächst die Vergabe eines Feuerwehrbedarfsplans an die Firma Forplan aus Bonn zum Angebotspreis von rund 8500 Euro einhellige Zustimmung fand. Der Bedarfsplan beinhaltet ein umfangreiches Aufgabenspektrum, angefangen von der Bewertung der Gefahrenpotenziale im Gemeindegebiet bis hin zu einem mittelfristigen Fahrzeug- und Ausrüstungskonzept. Der Bedarfsplan ist auch Voraussetzung für künftige Fachförderungen.

Das Angebot der Verlässlichen Grundschule, das die tägliche Betreuung im Rahmen der regulären Schulzeit bei späterem Schulbeginn oder früherem Schulende sicherstellt, wird auch im Schuljahr 2018/19 in bewährter Weise unter Leitung von Gabriele Schäfer fortgeführt. Neben der monatsweisen Betreuung für das gesamte Schuljahr, für das acht Eltern Interesse bekundet haben, soll

auch eine Betreuung mit 10er-Karten für einzelne Tage möglich sein, für die es 18 Interessenten gibt. Die Preise bleiben mit 35 pro Monat bzw. 70 Euro für das Zehn-Tage-Angebot unverändert.

Nach der einstimmigen Annahme dreier Spenden für das Straßenfest, die Gemeinschaftsschule und die Feuerwehrabteilung in Laudenberg beschäftigte sich das Gremium mit drei Auftragsvergaben. Sowohl der Ausbau einer

barrierefreien Bushaltestelle in der Laudenberger Straße in Limbach zum Angebotspreis von 65 948 Euro an die Firma Meny Bau, Mosbach, wie auch die Lieferung von 29 Rollcontainern

für die Lernstudios der Gemeinschaftsschule zum Preis von 6177 Euro an die Schreinerei Andreas Stipp (Limbach) fanden im Gremium ein einstimmiges Votum. Mehrheitlich stimmte der Rat für den Vorschlag der Verwaltung, die Ausschreibung für die Neuanlage des Rasenurnen- und Urnengrabfeldes auf dem Friedhof in Krumbach aufzuheben. Obwohl noch nicht alle Leistungen ausgeschrieben wurden, lagen die Kosten bereits um knapp 60 % über dem geschätz-

ten Kostenrahmen. Auch wenn Bedenken geäußert wurden, ob eine erneute Ausschreibung zu besseren Angeboten führen wird, sprach sich das Gremium hierfür aus.

In Heidersbach sollen 2019 weitere sechs Bauplätze entstehen, von denen drei bereits reserviert sind. Grundlage für die Erschließung sind Planungen für Straßenbau, Entwässerung und Wasserversorgung. Diese Planungen wurden an das Ingenieurbüro IFK in Mosbach für rd. 27 500 Euro vergeben. Nachdem bereits im Laufe des Jahres diverse Bauplatzerschließungen auf den Weg gebracht wurden, ist diese Vergabe ein weiterer Baustein in einer möglichst gleichmäßigen Entwicklung in der Gesamtgemeinde, wie Bürgermeister Weber betonte.

Bauamtsleiter Uwe Grasmann stellte den Bauantrag für den Umbau und die Erweiterung der Gemeinschaftsschule am Schlossplatz vor. Der Neubau soll als zweigeschossiger Baukörper nördlich der bestehenden Schule in Massivbauweise errichtet werden. In diesem werden dann die Klassenräume untergebracht, während die Fachräume in das bestehende Schulgebäude verlagert werden. Das gesamte Schulensemble wird nach Ab-

schluss der Maßnahmen behindertengerecht ausgebaut sein. Bürgermeister Weber bekräftigte die Absicht, 2019 mit dem Neubau zu beginnen, nachdem nun auch bei den einzelnen Fördermittelbausteinen soweit Klarheit bestehen würde.

Beim Punkt „Informationen“ wurde mitgeteilt, dass der Bürgermeister für die Beschaffung eines neuen Geräts zur Durchflussmessung für die Kläranlage Scheringen eine Eilentscheidung treffen musste. Hauptamtsleiterin Birgit Guckenhan informierte im Detail über die Auswirkungen der geplanten Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe zur Festlegung der FFH (Fauna, Flora, Habitat)- Gebiete auf der Gesamtmarkung der Gemeinde und die beabsichtigten Stellungnahmen der Verwaltung zu den betroffenen gemeindlichen Grundstücken. Die geplante Antwort der Gemeinde fand einhellige Zustimmung.

Der Bürgermeister verwies auf das neue Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) und auf die Antrags-einreichung bis spätestens zum 6. September. Eine kostenfreie Beratung und

Abstimmung im Vorfeld sei bei allen geplanten Vorhaben möglich.

Der Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit mit Fahrenbach auf dem Gebiet des Standesamts ist Ziel eines öffentlich-rechtlichen Vertrags, dessen Hauptinhalt die gegenseitige Vertretungsregelung im Krankheits- oder Urlaubsfall sein soll und der im Gremium auf breite Zustimmung stieß. Schließlich informierte der Bürgermeister noch über die Sitzung des Abwasserzweckverbands Fahrenbach-Limbach. Für die Erneuerung der Wanderwegweisung auf der Gesamtmarkung ist darüber hinaus im kommenden Jahr

eine interkommunale Kooperation mit der Stadt Buchen und der Gemeinde Fahrenbach geplant. Eine Förderung in Höhe von 60 % wird angestrebt. Eine Anfrage des Gemeinderats bezog sich u. a. auf die plötzlich nicht mehr mögliche Mobilfunkverbindung bei Verträgen mit dem Anbieter E-Plus. Der Bürgermeister konnte dies auch aus Erfahrungen des gemeindlichen Bauhofs heraus bestätigen und hat mit dem Anbieter bereits Kontakt aufgenommen.

Interkommunale Kooperation

Keine Verträge mit E-Plus